

Oldenburger Landrat Eger kommt vor Gericht



SPD-Mann Frank Eger wird der Vorteilsannahme verdächtigt.

Frank Eger, Landrat des Landkreises Oldenburg, kommt wegen Verdachts auf Vorteilsannahme in 60 Fällen vor Gericht. Zwei Jahre lang hatten die Behörden gegen den SPD-Politiker ermittelt, in diesem Januar kam es zur Anklage. Das Verfahren gegen Eger und einen Unternehmer aus Hatten (Landkreis Oldenburg) soll nun am 20. Oktober beginnen, teilte das Landgericht Oldenburg am Mittwoch mit. Das Landgericht hat für den Prozess 13 Verhandlungstage angesetzt. Nach Angaben eines Sprechers ist Eger bereits seit längerer Zeit erkrankt.

130.000 Euro in fünf Jahren

Die Staatsanwaltschaft Oldenburg wirft dem SPD-Politiker vor, zwischen März 2007 und März 2012 mehr als 130.000 Euro von dem Geschäftsmann angenommen zu haben. Den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zufolge sollen der Landrat und seine Frau monatlich Geld erhalten und dafür eine eigene GmbH gegründet haben. Durch die Zahlungen wollte sich der Immobilien-Unternehmer politische Unterstützung bei Altenheimprojekten sichern, so der Vorwurf. Er ist wegen Vorteilsgewährung angeklagt. Um zu verhindern, dass der Landrat Geld zur Seite schafft, pfändete die Staatsanwaltschaft in den vergangenen Monaten Egers Gehalt.

Angeklagter verzichtet auf neue Kandidatur

Eger ist noch bis Ende Oktober Landrat. Auf eine erneute Kandidatur hatte er nach der Anklage im Januar verzichtet. Er ziehe damit die Konsequenzen aus den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen ihn, schrieb Eger in einer Pressemitteilung im Frühjahr. Mit diesem Schritt wolle er Schaden vom Landkreis Oldenburg und vom Amt des Landrates abwenden und zudem sein privates Umfeld schützen. Sein Stellvertreter Carsten Harings, parteiloser Erster Kreisrat, wird die Geschäfte ab dem 1. November im Landratsamt übernehmen.